

LISTEN2REFUGEEES

23.07.2023

Forderungen der Teilnehmer:innen der Listen2Refugees-Konferenz

Haltung

- Damit man hier sich wohl fühlt und sich in der Gesellschaft besser integriert, muss man den Familiennachzugsprozess (besonders Weise bei den Botschaften) vereinfachen und schneller bearbeiten. Dazu gehört auch das Abschiebungsverbot. (ich kann hier nichts schaffen, wenn ich nicht weiß, ob ich hierbleiben darf!!).
- Um die Ausnutzung den Bedürfnissen den Jugendlichen zu vermeiden, aber auch eine sichere finanzielle Lage schaffen zu können, muss die finanziellen Leistungen erhöht werden.
- Seerettung muss entkriminalisiert. Das ist die Verantwortung von EU. Es ist nicht zu verstehen, wieso wird die Seerettung bis her kriminalisiert!! Das gehört nicht zur Schlepperarbeit, sondern geht es nur um Menschen zu Retten.
- Es ist wichtig, eine gute psychische Behandlung anzubieten. Viele Geflüchteten haben schlimme Erfahrungen gehabt, wo man unbedingt sich davon behandeln lässt, darüber gesprochen wird und davon lernen.

Flucht

Die Themen Flucht und Europa können nicht losgelöst voneinander gesehen werden.

»Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.«

(Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union)

Der im letzten Jahr verstorbene Präsident des Europäischen Parlaments, David Maria Sassoli (1956 – 2022) äußerte dazu folgendes:

„Wir müssen uns brennend wünschen, dass dieses Modell der Demokratie, der Freiheit und des Wohlstands sich verbreitet, dass es andere anzieht, zum Träumen bringt, und

zwar nicht nur unsere europäischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern auch über unsere Grenzen hinaus!“

In diesem Sinne verstehen wir unsere Forderungen:

Laut UNHCR waren 2022 über 110 Mio. Menschen weltweit vertrieben bzw. sind auf der Flucht. Knapp 1 Mio. Menschen haben 2022 einen Antrag auf Asyl in der EU gestellt. Der Umgang der EU mit den ukrainischen Flüchtlingen, die nicht in diesen Zahlen inkludiert sind und etwa 6 Mio. Menschen umfasst, kann für ein menschenrechtorientiertes Asylrecht als Vorbild dienen.

An den Außengrenzen der EU kommen viele Menschen an, die auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Armut sind. Die Politik der EU nimmt ihren Tod billigend in Kauf. Sie schottet ihre Grenzen ab, versperrt Schutzsuchenden sichere Fluchtwege, zwingt sie auf lebensgefährliche Routen.

Statt alles daran zu setzen, schiffbrüchige Flüchtlinge zu retten, setzt die EU auf die militärische Bekämpfung von Schleppern. Dies hindert Menschen in Not nicht daran, sich auf den Weg zu machen – dadurch ist das Mittelmeer bereits zu einem Massengrab geworden. Aber auch die Todeszahlen von Menschen, die auf dem Weg zum Mittelmeer bereits gefährliche Routen nehmen müssen, steigen täglich. Nur legale Fluchtwege und ein europäisches Seenotrettungsprogramm können das Sterben an Europas Grenzen beenden.

Unsere Forderungen:

- Legale Wege ermöglichen: Wie können legale Wege in die EU ermöglicht werden?
- Sichere Fluchtwege schaffen
- Menschlichen Umgang an den Grenzen sicherstellen
- Keine gefängnisähnlichen Einrichtungen

Unterkunft

Die Situation der Unterbringung von Asylsuchenden ist hoch problematisch und bedarf einer dringenden Verbesserung. Die Residenzpflicht ist eine hohe Hürde für den Aufbau eines Selbstbestimmten Lebens. Die verpflichtende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften - und insbesondere in den oft gefängnisähnlichen ANKER-Zentren- fördert Konflikte und Übergriffe und verstärkt die Isolation der Betroffenen.

Daher fordern wir:

- Die Residenzpflicht muss abgeschafft werden, die Unterbringung in Wohnungen die Regel sein.
- Die ANKER-Zentren müssen abgeschafft werden
- Solange obige Punkte noch nicht erfüllt sind, gilt:

- Es müssen Zugänge für die Zivilgesellschaft in die Unterkünfte, einschließlich der ANKER-Zentren, sichergestellt werden.
- Das Personal muss aufgestockt und in Hinblick auf Vielfaltssensibilität und rassismuskritischer Haltung geschult werden.
- Es braucht mehr Unterkünfte mit einem höheren Unterbringungsstandard (weniger Menschen pro Zimmer, Zugang zu eigenen Küchen, Gemeinschaftsräume etc.)
- Der Zuzug zu Familienmitgliedern (Tanten, Onkel...) muss ermöglicht und erleichtert werden.

Verfahren

Menschen mit Fluchterfahrung brauchen Ruhe und Sicherheit in ihrem Leben. Das bisherige Verfahren der Aufenthaltsgestattung von z.T. nur 3 Monaten bringt zusätzliche Unsicherheit und verunmöglicht den Aufbau eines Lebens hier in Bayern.

Daher fordern wir:

- Alle Antragsteller:innen erhalten zu Beginn eine feste Bleibeperspektive von mindestens 1,5 Jahren.

Das Asylverfahren ist für die Betroffenen einerseits schwer zu durchschauen und andererseits stark von zufälligen Faktoren abhängig. Das Amt einer welchen Stadt/ Landkreis ist zuständig? Wie wohlgesonnen und kompetent ist die:der Sachbearbeiter:in?

Daher fordern wir:

- Die Bürokratie muss transparenter und nachvollziehbarer sein. Hilfreich wäre z.B. den Status des Verfahrens online nachvollziehen zu können.
- Mitarbeiter:innen der Behörden werden regelmäßig in Hinblick auf Vielfaltssensibilität und rassismuskritischer Haltung hin geschult.
- Die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter:innen, insbesondere der Dolmetscher:innen, muss sichergestellt werden. Dolmetscher:innen stehen in der tatsächlichen Sprache der Antragsteller:innen, nicht nur in der Amtssprache des Herkunftslandes zu Verfügung.
- Insbesondere im Asyl- und Ausländerrecht wird Englisch als weitere Amtssprache eingeführt. Dokumente werden in die wichtigsten Sprachen der Herkunftsländer übersetzt.
- Dokumente und Formulare werden möglichst barrierearm insbesondere möglichst in einfacher und verständlicher Sprache zu Verfügung gestellt.
- Die Anforderung von Dokumenten (Geburtsurkunden...) muss sich an den tatsächlichen und realistischen Möglichkeiten der Asylsuchenden orientieren.

Hierbei müssen individuelle Lösungen gefunden werden und geprüft werden welche Dokumente tatsächlich notwendig sind.

Je nach Herkunftsland gestaltet sich das Asylverfahren z.T. sehr unterschiedlich. Insbesondere Asylbewerber:innen aus als sog. „sichere Herkunftsländer“ eingestuftem Ländern sind deutlich benachteiligt. Die Einstufung als sog. „sicheres Herkunftsland“ hat dabei nicht immer mit der tatsächlich politischen und/oder sozialen Realität in den Herkunftsländern zu tun.

Daher fordern wir:

- Das Asylrecht ist ein Individualrecht: Das Prinzip der „sicheren Herkunftsländer“ soll abgeschafft werden.

Bayern und Deutschland muss sich seiner Verantwortung stellen. Für die auf uns zukommenden Migrationsbewegungen-z.B. auf Grund der Klimakatastrophe- müssen humane Lösungen gefunden werden. Das Dublin-Verfahren verunmöglicht eine legale Einreise nach Deutschland defacto. Es zwingt Asylsuchende in die Illegalität und sorgt für weitere Gefahren und Unsicherheiten auf der Flucht- auch in Europa.

Daher fordern wir:

- Das Dublin-Verfahren muss abgeschafft werden. Eine legale Einreise nach Deutschland muss auch defacto wieder ermöglicht werden.
- Fluchtgründe auf Grundlage der Klimakatastrophe müssen anerkannt werden. Eine Bereitschaft zur Aufnahme von entsprechenden Geflüchteten muss bestehen und eine entsprechende Infrastruktur hierfür muss geschaffen werden.

Perspektiven

- Wir fordern ab der Ankunft der Geflüchteten Perspektiven im Bereich der Bildung und des Berufes. Es müssen vielfältige Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle geschaffen werden. Den Geflüchteten sollte eine Ausbildungsgarantie gewährleistet werden.
- Wir fordern einen schnelleren Zugang zur politischen Teilhabe. Die Geflüchteten sollten ein Wahlrecht und Recht auf Mitbestimmung haben.
- Wir fordern eine einfache Integration der Geflüchteten im deutschen Arbeitsmarkt. Dies sollte im Interesse der Regierung stehen, denn dadurch wird das Problem des Fachkräftemangels gelöst. Außerdem wird verhindert, dass die Geflüchteten unter schlechten Konditionen „schwarz“ arbeiten.
- Wir fordern intensive qualitative Integrationskurse für alle Geflüchteten ein. Damit ihnen der Aufenthalt in Deutschland erleichtert wird.

Merkposten Perspektiven:

Die Anerkennung von Abschlüssen aus den Herkunftsländern schafft Respekt und Perspektiven für Geflüchtete. Sie kann darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs leisten.

Daher fordern wir:

- Die Verbesserung der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.